

Das Scheitern der progressiven Regierungen Lateinamerikas und neue Perspektiven gegen die extreme Rechte

Hans-Jürgen Burchardt

1. Einleitung

Der Einfluss rechtsextremer Bewegungen und Regierungen ist nicht nur weltweit, sondern auch in Lateinamerika weiter gewachsen. Das ist bemerkenswert. Die Region überraschte in den ersten beiden Dekaden dieses Jahrhunderts mit einem „Linksruck“, der auf der Basis steigender Rohstoffpreise und eines robusten Wirtschaftswachstums Arbeits- und Sozialpolitiken stark ausweitete. Das hat die soziale Frage deutlich entschärft: Die Armut wurde enorm verringert, Millionen Menschen sind sozial aufgestiegen und die progressiven Regierungen haben sich eine breite demokratische Legitimation erarbeitet. Auch in Ländern, die mit solchen Politiken besonders erfolgreich waren wie Argentinien oder Brasilien, haben sich seither rechte bis rechtsextreme, autoritäre Politiken durchgesetzt, die an der Bearbeitung der zentralen Menschheitsfragen wachsende soziale Ungleichheiten sowie Umwelt- oder Klimaschutz kein Interesse zeigen. Der folgende Beitrag zeichnet das Scheitern der progressiven Regierungen nach, erklärt das Erstarken rechtsextremer Politik weltweit und in der Region und formuliert konkrete Vorschläge, wie dieser Gefährdung begegnet werden kann.

2. Aufbruch und Scheitern

Mit dem Explodieren der Rohstoffpreise (fossile Brennstoffe und Bergbau, aber auch agrarische Produkte wie z.B. Soja) begann in der Rohstoffregion Lateinamerika ab 2003 ein über zehn Jahre anhaltender Wirtschaftsboom, den die damals an die Macht kommenden progressiven Regierungen zu nutzen wussten. Die Staatskassen füllten sich unerwartet schnell und begünstigten die Ausweitung öffentlicher Infrastruktur. Die Durchsetzungskraft des Staates wurde ausgebaut, eine expansive Sozialpolitik umgesetzt und in die stark deregulierten Arbeitsmärkte wurden neue Standards einge-
zogen. Bald hatte sich in Lateinamerika ein Entwicklungsmodell durchge-

setzt, in dem ein erstarkter Staat die Mehreinnahmen der Rohstoffexporte abschöpfte, als Entwicklungsagent die soziale Frage effektiv bearbeitete und sich über Modernisierungsversprechen sowie faire demokratische Wahlen immer wieder Legitimation verschaffte.

Dieses Modell des *Neo-Extraktivismus* (Burchardt & Dietz, 2014; Gudyas, 2009) funktionierte anfangs sehr erfolgreich: Die Arbeitslosigkeit sank auf ein Rekordtief, der regionale Bruttoinlandsprodukt-Anteil der Sozialausgaben stieg auf über 20 Prozent; gleichzeitig schnellten die Mindest- und Reallöhne in die Höhe.¹ Sogenannte *conditional cash transfers* (CCTs) wie das brasilianische Programm *bolsa familia* verkoppelten Einkommenszuschüsse mit Verpflichtungen wie Schulbesuch und Gesundheitsvorsorge und wurden aufgrund ihrer Effizienz international als Vorbild gelobt. Insgesamt gelang es, die Armut fast zu halbieren; in absoluten Zahlen wurden über 60 Millionen Menschen aus der Armut gehoben. Es gab eine umfassende soziale Aufwärtsmobilität, die Mittelschichten verbreiterten sich spürbar und sogar die sozialen Ungleichheiten verringerten sich diskret (CEPAL, 2019, S. 35-76). Während ab 2008 die globale Finanzkrise die Industrienationen erschütterte, erlebte Lateinamerika ein Wirtschaftswunder.

Vermutlich gab es seit der Unabhängigkeit vor über 200 Jahren in ganz Lateinamerika wenig bessere Zeitpunkte für strukturelle Reformen, um die beiden zentralen entwicklungshemmenden Erblasten der Region abzubauen: 1) die Verringerung der extremen sozialen Ungleichheiten durch innovative Sozialpolitiken, regulierte Arbeitsbeziehungen und demokratische Umverteilung. 2) eine Verringerung der Rohstoffabhängigkeit durch wirtschaftliche Diversifizierungsstrategien und Produktivitätssteigerungen, die mittelfristig in eine nachhaltige Entwicklung und den Schutz der Naturressourcen münden. Doch der anfängliche Erfolg verführte. Statt sich ökonomisch neu auszurichten, bauten Wirtschaft und Politik die Rohstoffsektoren weiter aus. Die Ausweitung des argentinischen Sojaanbaus oder des brasilianischen Bergbaus zeigt, dass selbst relativ entwickelte Volkswirtschaften immer stärker auf den neuen Trend des Rohstoffexports setzten. Der Protest brasilianischer Umweltschützer im Sommer 2025 gegen das sogenannte „Bulldozer-Gesetz“, durch das unter dem Deckmantel der Entbürokratisierung 90 Prozent zukünftiger Bergbau-, Agrar- und Energie-

1 Für alle Zahlen und Daten der lateinamerikanischen Sozial- und Wirtschaftsentwicklung vgl. die online verfügbaren Jahresbücher und Themenpublikationen der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC), abrufbar unter: <http://www.cepal.org/en>, letzter Aufruf am 01.12.2025.

projekte keine hinreichende Umwelt-Verträglichkeitsprüfung durchlaufen müssen, macht deutlich, dass sich daran auch in der zweiten Amtszeit von Präsident Lula wenig geändert hat.

Zwar verkündeten viele der neuen Regierungen, dass sie den *Neo-Extraktivismus* nur als Vehikel nutzen wollten, um zu einer aufgefächerten und produktiveren Wirtschaftsstruktur zu kommen. Doch fast alle der hierzu aufgelegten Programme und Maßnahmen verpufften ergebnislos. Die Ausweitung und Intensivierung dieses *Neo-Extraktivismus* führte vielmehr zu einer klaren Reprimarisierung der Wirtschafts- und Exportstrukturen, das heißt, der Anteil der Rohstoffe an den Gesamtexporten Lateinamerikas stieg allein in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts insgesamt um knapp 50 Prozent an; in Andenländern wie Venezuela oder Bolivien wuchs er sogar auf über 90 Prozent (CEPAL, 2012a, S. 41). Dieser Boom basierte nicht nur auf preisbedingten Wertsteigerungen, sondern umfasste auch mengenmäßige Zuwächse des Exports und verweist auf die Ausweitung eines extraktiven, fossilistischen und agrarindustriellen Wirtschafts- und Wachstumsmodells. Seither ist die Region wieder stärker von Rohstoffexporten abhängig als gegen Ende des 20. Jahrhunderts (Warnecke-Berger et al., 2023).

Dies blieb nicht ohne Wirkung auf Staat und Politik: Dank der anhaltend hohen Rohstoffeinnahmen wurden Interessengegensätze und Konflikte in verschiedenen Ländern bald nicht nur über demokratische Prozesse oder über Aushandlung bearbeitet, sondern über Ressourcentransfers befriedet. Konfliktparteien oder Vetogruppen wurden eingekauft und kooptiert. Die materielle Basis der sozialen Entwicklungserfolge war nicht die Besteuerung einer produktiven Volkswirtschaft, sondern die Abschöpfung und Verteilung von Ressourceneinnahmen aus der Extraktion und dem Export von Rohstoffen. Überspitzt formuliert: Die lateinamerikanischen Gesellschaften mutierten zu Beutegemeinschaften, in denen der Staat erstmals (fast) allen Anteile an der Ausplünderung der Natur gewährte. Die Kontrolle über diese Rentenzuflüsse begünstigte Nepotismus, Korruption und Klientelismus, die sich um das Rohstoffexportmodell herausbildeten und die Demokratie erodierten.

So wurden während der Boomphase keine Strukturreformen und insbesondere keine tiefgreifenden Umverteilungsmaßnahmen umgesetzt. Das Steuersystem wurde kaum angetastet bzw. zaghafte Reformen blieben auf halbem Wege stecken oder verpufften. Die 10 Prozent der Reichsten der Region wurden auch während des Linksrucks kaum besteuert; vielmehr konnten die ökonomischen Eliten ihre Vermögen oft sogar ausbauen. Ins-

gesamt liegen die steuerlich bedingten Umverteilungseffekte in Lateinamerika bis heute unter 10 Prozent (versus Deutschland mit circa 40 Prozent) (Burchardt, 2023a). Lateinamerika war darum auch nach mehr als einer Dekade der Linksregierungen immer noch die am stärksten von sozialer Ungleichheit geprägte Region der Welt (CEPAL, 2019, S. 35-76).

Weiterhin wurden die Sozialleistungen zwar nennbar verbessert, nicht aber ihr Deckungsgrad. Vor allem öffentliche Bedienstete und formal Beschäftigte, also nur rund die Hälfte der Erwerbsfähigen, profitierten hiervon. Das ärmste Fünftel der Region erhält bis heute nur knappe 10 Prozent aller Sozialtransfers. Die Expansion dieser meist am bismarckschen Wohlfahrtsregime ausgerichteten exklusiven Sozialsysteme, welches Sozialleistungen nicht universell für alle anbietet, sondern an formale Arbeitsbeziehungen koppelt, hat auch in Lateinamerika die sozialen Gräben eher vertieft als überbrückt. Hinzu kamen und kommen häufig regressiv wirkende staatlich Subventionen, von denen Menschen (und Unternehmen), die einkommensstärker sind und mehr konsumieren, mehr profitieren als Arme.

In vielen Ländern der Region arbeitet bis heute die Hälfte der Erwerbstätigen – meist junge Menschen und oft Frauen – weiter informell und fällt aus allen Sozialleistungen heraus. Es ist den progressiven Regierungen nicht gelungen, diese informelle Beschäftigung signifikant zu senken. Die Arbeitsmärkte und Produktionsstrukturen blieben weiter stark zerklüftet. Diese strukturelle Heterogenität stellt sich statistisch wie folgt dar: Etwa ein Fünftel der Berufstätigen arbeitet mit formalen Arbeitsverträgen in großen Betrieben oder im öffentlichen Sektor und generiert fast 70 Prozent des regionalen Bruttoinlandsproduktes. Demgegenüber arbeitet ein Drittel der Erwerbstätigen in kleinen bis mittelgroßen Betrieben mit einem Anteil von 20 Prozent desselben. Rund die Hälfte der Beschäftigten hingegen arbeitet in der informellen Ökonomie, also ohne Arbeitsvertrag und Arbeitsschutz, häufig auch ohne effektive politische Vertretungen; diese Mehrheit generiert gerade einmal 10 Prozent des regionalen Bruttoinlandsproduktes (CEPAL, 2010, S. 36; CEPAL, 2012b, S. 235). Zugespitzt ausgedrückt: Die Hälfte der lateinamerikanischen Erwerbsfähigen ist für die wirtschaftliche Entwicklung der Region kaum relevant.

Hierüber erklärt sich auch die besonders niedrige Arbeitsproduktivität Lateinamerikas: Während die ostasiatischen Tigerstaaten noch in den 1960er Jahren ein deutlich geringeres Produktivitätsniveau aufwiesen als Lateinamerika, haben sie die Region mittlerweile nicht nur überholt, sondern weit hinter sich gelassen. Dieser Trend konnte selbst im letzten

wirtschaftlichen Boomzyklus nicht umgekehrt werden und erwies sich als zentrale „Achillesferse“ der Hoffnungen auf ein langfristiges und stabiles Wachstum sowie eine Diversifizierung der Produktions- und Exportstrukturen Lateinamerikas (Üngör, 2017). Rohstoffausbeutung bedarf keiner Arbeitsqualifikation breiter Massen. Die Eliten, aber auch gewichtige Teile der Mittelschicht, profitieren hingegen stark von informeller Arbeit, die es ihnen unter anderem erlaubt, Hausarbeit und Pflegeleistungen günstig und unkompliziert abzugeben. Aufgrund solcher sozialen Konstellationen ist es nicht gelungen, trotz staatlicher Mittel in der Region ein qualitativ hochwertiges, breit zugängliches System öffentlicher Dienste aufzubauen, welches neben Kinderbetreuung und Pflege, Bildung und Gesundheit auch eine generelle Infrastruktur wie öffentlichen Nahverkehr, zivile und öffentliche Sicherheit etc. umfasst.

Dieser soziale und politische Wandel innerhalb der letzten zwei Dekaden in Lateinamerika lässt sich als ein Fahrstuhleffekt darstellen, in dem alle beteiligten Schichten gleichermaßen nach oben befördert wurden, ohne dass dabei die innere Zusammensetzung verändert worden wäre: Die ökonomischen Eliten konnten ihre Vermögen halten, oft sogar ausbauen – selbst während der Pandemie. Die Mittelschichten gewannen ebenfalls an Umfang. Und komplementäre Maßnahmen alimentieren in geringerem Ausmaß die Unterschichten.

Bisher zu wenig Aufmerksamkeit wurde auf dieser Fahrt nach oben den Fahrstuhlführern gewidmet: den jeweiligen Regierungen. Diesen wurde die von ihnen selbst eingeleitete demokratische Ausweitung langsam lästig. Zum einen bedingt eine rohstoffexportbasierte Entwicklung häufig einen handlungsfähigen Zentralstaat, der ressourcenmäßig aber nur begrenzt von gesellschaftlicher Legitimation abhängig ist und bekanntermaßen Klientelismus und Korruption begünstigt. Demokratische Forderungen oder Kontrollen sind dann störend. Zum anderen provozierten die durch die Plünderung der Natur entstehenden Umweltbelastungen zunehmend lokale Proteste, die durch die gewährten demokratischen Rechte und Autonomien die Rohstoffförderung wirksam behindern konnten und die staatlichen Einnahmen gefährdeten. Einige progressive Regierungen reagierten darauf mit zunehmender Repression (Svampa, 2020).

Und Fahrstühle fahren nicht nur nach oben. Als sich mit dem Bröckeln der Rohstoffpreise ab 2013 ein Fall ins Leere ankündigte und die Versorgungsnetze zu reißen begannen, hatten viele Linksregierungen bereits entscheidende Teile ihrer früheren Bündnispartner bzw. Basis verloren.

Frühere Verteilungskämpfe gewannen wieder an Bedeutung. Zusätzlich mussten die progressiven Regierungen erfahren, dass die traditionellen Wirtschaftsoligarchien nur so lange koalitionsbereit sind, bis sie wieder unter sich bleiben können. Auf die rückläufigen Exporteinnahmen folgten steigende Inflationsraten, sinkende Investitionen in die Wirtschaft, in öffentliche Infrastruktur, abnehmende Sozialleistungen, Reallohnsenkungen und steigende Arbeitslosigkeit, reduzierte Staatseinnahmen, steigende Haushaltsdefizite und ein deutlicher Rückgang der Importkapazität. Die früheren sozialen Erfolge gerieten unter Druck, die Armutsraten stiegen wieder an – zuletzt verschärft durch die Pandemie –, und führten von der sozialen in die politische Krise. Darüber wurde der Boden für die neuen rechtsextremen Bewegungen und Regierungen bereitet.²

3. Eine Annäherung: Von der Krise zum Aufstieg der extremen Rechten

Die zunehmende Instabilität Lateinamerikas ab Mitte des letzten Jahrzehnts – enorm verschärft durch die Pandemie – erforderte von der Politik und den Regierungen konzertierte Strategien der Krisenlösung. Geistes- und Sozialwissenschaften sind sich weitgehend einig: Eine kreative und erfolgreiche kollektive Krisenerkennung und -bearbeitung hängt zentral von einer belastbaren Konstitution des Subjekts und dessen Bezugsgruppen ab (vgl. Nussbaum, 2006; Fraser, 2001, Robeyns, 2024; Sen, 1987). Diese Konstitution wiederum basiert auf drei ineinander verschränkte und nicht teilbare *Stabilitätsdimensionen*: 1) Hinreichende sozio-ökonomische (Re-) Produktion durch Einkommen, Arbeit, Wohnung, Versorgung bei Bildung, Gesundheit, Infrastruktur; 2) soziale und politische Teilhabe, die Mitbestimmung und Gestaltung des eigenen Lebensumfelds garantiert; 3) Identitätsbildung durch erfahrbare Zugehörigkeit zu einem Kollektiv wie Familie, Freunde, Arbeit oder Nation.

Wie bereits dargestellt, haben sich in Lateinamerika, aber auch in vielen anderen Gesellschaften des Globalen Südens und Nordens in den letzten

2 Extreme Rechte zeichnen sich in der Regel durch Rhetoriken und Politiken aus, die der Demokratie und liberalen Werten skeptisch gegenüberstehen oder diese negieren, das politische Establishment ablehnen, autoritäre Werte unterstützen, nationale, religiöse oder andere kollektive Identitäten überhöhen, durch Vorurteile und Intoleranz gegenüber ethnischen und anderen Minderheiten gekennzeichnet sind und meistens einwanderungsfeindliche und kulturprotektionistische Positionen vertreten, die teilweise für gemäßigte Teile der Wählerschaft und bei konservativen Mainstream-Parteien anschlussfähig sind. (Campos, 2023; Pinheiro-Machado & Vargas-Maia, 2023)

Jahren die erste und die zweite Stabilitätsdimension für eine wachsende Anzahl von Menschen nicht verbessert. Die materiellen Reproduktionschancen stagnierten oder haben sich sogar verschlechtert. Ungleichheiten sind wieder signifikant angestiegen. Reale Deklassierung oder Abstiegsängste haben an Bedeutung gewonnen, Wahrnehmungen realer und relativer Deprivation sind am Wachsen (Chancel et al., 2021; DESA 2024;). So mündete die einstige Aufwärtsmobilität in Brasilien in neue Ab- und Ausgrenzungsmechanismen sowie -politiken, die nicht selten rassistische Konnotationen haben oder minderheitendiskriminierend sind. Demokratie und soziale Teilhabe standen bereits in der letzten Phase progressiven Regierens unter Stress und erodierten weiter; Repression und Gewalt als Mittel von Politik gewannen an Bedeutung.

Doch wenn der/ dem Einzelnen und ihrer/ seiner Familie die Arbeit, Wohnung und Zukunftsperspektive genommen werden und die Politik Mitbestimmung einschränkt bzw. verhindert, eins kann ihr/ ihm nicht genommen werden: Die Identität und die Zugehörigkeit qua Geburt. Zentrale Konstruktionen und Begriffe sind hier Heimat, Nation, Tradition, Ethnie, Geschlecht. Personen, die sich herabgesetzt oder kollektiv benachteiligt fühlen, ziehen sich oft auf solche Residualkategorien zurück bzw. akzeptieren leichter politische Argumente und Forderungen, die solche Begriffe ins Zentrum setzen (Rodrik, 2021). Derartige identitären Eingrenzungen implizieren immer auch klare Ausgrenzungen. Oft stehen solche Ansichten fremdenfeindlichen oder Minoritäten diskriminierende Aussagen offener gegenüber.

Diese dritte Stabilitätsdimension der kollektiven Identität ist das zentrale Feld, in dem seit dem Erstarken der extremen Rechten die Konflikte bei der Wahrnehmung und Bearbeitung der aktuellen Krisen geführt werden. Waren früher Themen wie soziale Absicherung, attraktive und sichere Arbeit, Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, Wohnen etc. zentral für das Versprechen auf eine bessere Zukunft für alle, wird heute zunehmend Herkunft zum Anker für Orientierung, Anerkennung und Stabilität.

Diese neue Identitätssuche und -bildung ist das Einfallstor für die Strategien der neuen extremen Rechten.

Über einfache Ansprache, Simplifizierungen und Populismus – in Lateinamerika eine breit eingeführte Form der politischen Kommunikation – vermitteln sie diese Message effektiv. Oft wurden sie potenziert durch den geschickten Einsatz der sozialen Medien, die zum Beispiel bei den Wahlsiegen von rechtsextremen Präsidenten wie Bolsonaro in Brasilien oder Milei in Argentinien eine gewichtige Rolle gespielt haben (Lobo, 2017;

Pérez-Díaz & Arroyas Langa, 2025). Die extremen Rechten verweigern sich den Fakten und einer klaren Analyse der Ursachen und Herausforderungen der erforderlichen sozialen und ökologischen Veränderungen, ignorieren soziale Spaltungen bzw. machen über Verschwörungsnarrative die politische Elite oder Minderheiten für die Krise verantwortlich. Sie versprechen Problemlösungen durch Antiestablishment-Politiken und Entrechtung von Minoritäten (z.B. Homosexuelle oder Indigene) (Betz & Oswald, 2021; Gebhardt, 2021). Sie relativieren oder leugnen den Klimawandel. Dabei vertritt die extreme Rechte oft politische Positionen, deren Umsetzung die Armen noch ärmer, die Unterprivilegierten weiter marginalisieren und die soziale Zersplitterung und Polarisierung zusätzlich vertiefen würde. Das ist nicht Ausdruck von Ignoranz oder ein unerwünschter Nebeneffekt, sondern hat System. Die von der extremen Rechten geschürte Polarisierung führt zu mehr Verunsicherung, mehr Belastung, mehr gefühlten Kontrollverlust und stärkt den kollektiven Wunsch nach mehr autoritären Politiklösungen – das Angebot, das die extreme Rechte als Antwort für die zweite Stabilitätsdimension, der politischen Teilhabe bereithält (Kessler & Focás, 2014).

Diese Krise, bei der soziale Teilhabe auch in bisher stabilen Demokratien für viele gefühlt immer stärker in Fremdbestimmung, Ohnmacht oder gar Unfreiheit mündet, ist als erstes der Politik, den Regierungen und Parteien selbst zuzuschreiben, wie oben bei der Wirkungsanalyse der jüngeren Entwicklungen Lateinamerikas gezeigt wurde. Es war und sind oft die progressiven Kräfte selbst, die durch die eingeschlagenen Entwicklungsstrategien und Politiken ihr eigenes Scheitern begründeten und den Weg für die extreme Rechte öffneten. Die Gründe, warum der ultrarechte Präsident Javier Milei in Argentinien haushoch gegen den Mittellinks-Kandidaten der vorherigen Regierung gewann, sind vielfältig. Wichtig waren dessen geschickte Social-Media-Kampagnen und Manipulationen, auf die immer wieder abgehoben wird. Ebenso gewichtig war aber sicherlich die Quote über 40 Prozent informeller und schlechter Beschäftigung vor allem für junge Berufstätige, die die letzte Regierung als Erbe hinterlassen hat, ohne nur ansatzweise eine Lösungsperspektive aufzuzeigen (Ruggeri & Vieta, 2023).

Dieses politische Versagen tradierter und demokratischer Parteien ist nicht nur in Lateinamerika zu beobachten. Weltweit haben Regierungen die Frage der Verschlechterung der materiellen (Re-) Produktion für viele Bevölkerungsteile aktiv mitzuverantworten, wie die globale Zunahme der sozialen Ungleichheit oder das Wachstum der prekären bzw. informellen Arbeitsbedingungen zeigt. Nepotismus, Korruption oder Politikversa-

gen führen zusätzlich dazu, dass Antiestablishment-Populismus sowie die Brandmarkung von denen „da oben“ als sich vor allem selbstbereichernde Kaste oder Clique bei vielen auf fruchtbaren Boden fällt.

Genau hier haken die neuen extremen Rechten ein. Sie lassen ihren Antiestablishment nicht in Forderungen einer tiefergehenden demokratischen Teilhabe, einer stärkeren Kontrolle von Wirtschaft, Institutionen und Regierungen münden, sondern machen im Gegenteil das Angebot von autoritärer Politik. Nicht schlechtes Regieren, sondern Demokratie als Ganzes wird als der Grund und das Problem der wahrgenommenen Belastungen und gefühlten Entmächtigung präsentiert. Nur autoritäres Regieren, das konsequente Durchgreifen verspricht Linderung und Heilung.

Dieses Angebot ist aus verschiedenen Gründen verlockend: Zum einen leugnet es die realen Anforderungen, die auf den Einzelnen und sein Kollektiv zukommen, wie zum Beispiel das Bestreiten der Bedrohung durch den Klimawandel zeigt. Zum anderen wird durch das Angebot des autoritären Regierens der Vorschlag gemacht, die wahrgenommene Ohnmacht des Einzelnen durch die Ermächtigung des eigenen Kollektivs zu ersetzen. Mit kollektiver Zugehörigkeit als identitären Anker lassen sich Kontrollverluste und Verlustempfindungen kompensieren.

Beunruhigenden Daten oder Prognosen werden Verschwörungsszenarien entgegengesetzt, die meist faktenarm und realitätsfern das eigene Kollektiv auf Kosten anderer erhöhen, eine Bedrohungssituation beschwören, Gut und Böse identifizieren, das Erfordernis eines radikalen Handelns (gegen das Böse) suggerieren und gleichzeitig ein ultimatives Ordnungsversprechen abgeben. All das verspricht sich benachteiligt fühlenden oder von Anpassungen bedrohten Subjekten und Gruppen eine massive Entlastung. Die Empfindung der Deklassierung kann durch geschickte Stilisierung als „*Underdogs*“ sogar in eine Moral der Überlegenheit umgemünzt werden.

Hier erklärt sich, warum nicht nur in Lateinamerika viele Wähler:innen rechtsextremen Parteien und Bewegungen ihre Stimme und Unterstützung geben, obwohl sie im Falle ihres Regierens in den oben genannten ersten beiden Stabilitätsdimensionen eine Verschlechterung ihrer Lebensumstände zu erwarten hätten, wie zum Beispiel die zahlreiche Todesopfer fordernde Corona-Politik von Bolsonaro in Brasilien (Dietz et al., 2022) oder die wachsende Armut seit dem Amtsantritt von Milei in Argentinien (Hora, 2024) zeigen.

Diese Erkenntnis macht gleichzeitig deutlich, auf welche Strategien die neuen extremen Rechten bauen und wo sie ihren Fokus setzen. Die Frage der ersten Stabilitätsdimension, der materiellen (Re-) Produktion wird

weitgehend ignoriert bzw. bestenfalls dem Individuum zugewiesen. Innerhalb des Kollektivs wirkt der Sozialdarwinismus: Der Schwächere wird als ungleichwertig betrachtet und es ist erlaubt, ihn oder sie sozial oder politisch abzustufen. Der Verlierer versagt aufgrund persönlicher Unfähigkeit, der Arbeitslose ist leistungsunwillig. Hierüber lässt sich auch die Besinnung auf traditionelle Geschlechterkonstellationen im Sinne von biologisch schwächeren Frauen, die auf bestimmte soziale Funktionsbereiche wie Care reduziert werden, gut begründen. Das Weltbild der neuen Rechten ist weitgehend männerbündig.

Allerdings muss garantiert sein, dass das Kollektiv originär und authentisch bleibt, Traditionsbrüche, „Abnormalitäten“, Verzerrungen von außen oder durch Minderheiten sind zu beseitigen und durch das Eigene zu ersetzen. Insgesamt setzt die neue Rechte auf ein Ordnungsmodell, welches traditionelle Lebensweisen, klare Hierarchien, ausschließliche Identitätsbilder und dichotomischen Gesellschaftsbilder verbindet.

Damit werden die Definitionshoheit und Begründung des Kollektivs zum Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen und der Angriffe der neuen extremen Rechten. Wirtschafts- und Sozialpolitik, die über kollektive Reziprozität und Solidarität mitentscheidet, ist nachgeordnet oder irrelevant. Politische Teilhabe wird durch vom Kollektiv gewollten Autoritarismus ersetzt. Bei der extremen Rechten fokussiert sich die Begründung des Kollektivs auf dessen einflussreiche imaginäre Dimension, sei es die Idee des Nationalen, einer Ethnie oder eines Geschlechts bzw. die Beschwörung von Traditionen. Die Definition des Kollektivs findet also im Bereich der Imagination statt: im Feld der Kultur. Die Strategie der neuen Rechten setzt darum primär auf Kulturkampf.

Dazu wird das normativ gesetzte, das traditionell „Normale“ meist im nationalen Raum, also das, was die soziale Praxis, der Alltag der Mehrheit in den Jahren vor der Krise geprägt hat, melancholisch aufgeladen, romantisiert, diskursiv überhöht und als eigene kollektive Identität stilisiert. Hierzu gehören nationale und kulturelle Zugehörigkeiten ebenso wie historische Narrative, tradierte Geschlechterrollen oder religiöse Praktiken (siehe Schäfer in diesem Band) und andere Glaubensbekenntnisse.

Da das Tradierte durch die Verschlechterung der materiellen (Re-) Produktion unter Druck gerät, die extreme Rechte dessen reale Ursachen aber nicht anerkennen und keine konstruktiven Lösungsvorschläge anbieten kann bzw. will, interpretiert sie den realen und spürbaren Anpassungsdruck in der Krise neu: Für sie sind es die tradierten Lebens- und Kulturformen des von ihr beschworenen Kollektivs, die sie als Hybris kultiviert,

und die nun kontinuierlich angegriffen und hinterfragt werden. Bedrohungen durch Flüchtlinge, Migranten, ethnische und andere Minderheiten, die Veränderung von Genderkonstellationen und damit verbundene Sprachregeln zugunsten mehr Geschlechtergerechtigkeit, die wachsende Diversität von sexuellen Orientierungen sind Themen, die für die Bearbeitung der Krise wenig Relevanz haben, aber breit mobilisieren können. Appelle an Traditionen wie Familienwerte, Abtreibungsverbote, Ablehnung von Homosexualität etc. spielen in Lateinamerika hierbei eine besonders große Rolle (vgl. Kestler in diesem Band).

Es geht nicht mehr um Realitäten und Fakten, es wird an Emotionen appelliert und oft mit falschen, bestenfalls anekdotischen Evidenzen gearbeitet, die wenig begründen können, aber das Ziel erreichen, kontinuierlich Aufgeregtheit, Gereiztheit und gefühlten Anpassungsdruck zu provozieren. Alternative Fakten³ greifen um sich, der evidenzbasierte Wahrheitsbegriff wird aufgelöst (Forti, 2022). Gleichzeitig wird versucht, bisher öffentlich nicht salonfähige Ansichten – zum Beispiel über eine positive Reinterpretation von historischen Phasen autoritären Regierens oder von Diktaturen – in den Diskurs zu bringen und als Positionen zu normalisieren, so dass sie in der weiteren Debatte nicht mehr kritisiert und als zukünftigen Möglichkeitsraum nicht mehr vollständig ausgeschlossen werden können.

Das Neue an der extremen Rechten ist hierbei ihre Radikalität. Wenn Fach- und Sachpolitik eine abnehmende Rolle spielt, verlieren auch demokratische Spielregeln, die Bereitschaft auf Dialog- und Kompromissfindung, an Bedeutung. Wenn ein Kollektiv originär und homogen ist, sind Konflikte nicht mehr teil- und bearbeitbar, es kann keine Kompromisse mehr geben. Es geht um Gut und Böse, es geht um alles oder nichts.

Aus diesem Blickwinkel wird die Essenz der Demokratie ausgehebelt und zerstört. Durch die Demokratie wird der einstige politische Feind, wie Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (1991) mit Bezug auf Carl Schmitt gut herausgearbeitet haben, zum Gegner. Mit Gegnern verhandelt man und akzeptiert den vorhandenen Kräfteverhältnissen entsprechend gemeinsame Lösungen. Die extreme Rechte macht Gegner wieder zu Feinden. Feinde kann man diffamieren, diskriminieren, verleugnen. Feinde kann man eliminieren – also auch totschiessen.

3 Die tiefere Bedeutung der Figur „alternative Fakten“ ist noch nicht hinreichend verstanden worden. Es geht im Grunde nicht um die Ablehnung von Vernunft und Wissen oder gezielte Manipulation, sondern vielmehr um die Performance und die Stilisierung, dass der eigene Führer stärker als die Wahrheit ist und es sich erlauben kann, ungestraft falsches Wissen zu verbreiten.

Mit anderen Worten: Eine Politik, die den Gegner zum Feind erklärt, öffnet die Tür für Gewalt – und Krieg. Die Zunahme von politischer Gewalt in Lateinamerika und vielen anderen Ländern der Welt macht deutlich, dass diese Tür bereits offen ist. Die durch den Klimawandel zu erwartenden weltweiten sozialen Verwerfungen lassen es wahrscheinlich erscheinen, dass die extremen Rechten in den nächsten Krisen verstärkt auf solche autoritären Politiken und Gewalt setzen. „Underdogs“ – oder der Mob, wie ihn Hannah Arendt (1951) nannte – beißen auch. Wir sollten nie vergessen: Eine Funktion von kollektiv ausgeübter Gewalt durch sozial degradierte Gruppen ist deren selbsterfahrene Aufwertung. Die Ergebnisse solcher Entwicklungen sind bekannt: Die Beschwörung von nationalen Kollektiven, geleitet von extrem rechter und menschenverachtender Politik hat im letzten Jahrhundert in Lateinamerika zu zahlreichen blutigen Diktaturen und in Europa zu Krieg, zur Verelendung der Massen und zum Tod vieler Millionen Menschen geführt.

4. Neue Perspektiven gegen die extreme Rechte

Was sind die Gegengifte zur extremen Rechten? Im Grunde sind sie alle bekannt: *Appeasement*-Politiken, der Versuch, die extreme Rechte über Zugeständnisse, Zurückhaltung und Entgegenkommen einzuhegen, sind alle gescheitert. Vielmehr haben solche Strategien die extreme Rechte gestärkt und ihre Positionen normalisiert und populärer gemacht. Warum soll ich eine schlechte Kopie wählen, wenn ich das Original habe?

Was es braucht, ist eine neue Erzählung, die konstruktive Antworten für die oben genannten drei Dimensionen gibt und Teilhabe in den Mittelpunkt des kollektiven Gelingens stellt. Ein solcher Schritt beginnt mit der Erkenntnis, dass eine Anpassung an die neuen Herausforderungen nur möglich wird, wenn sie sozial und ökologisch verträglich eingebettet ist und alle mitnimmt. Dies wiederum setzt die Mobilisierung von immensen Ressourcen voraus. Den Industrienationen bleibt hier als eine relativ risikoarme Option die Schuldenaufnahme, während im Lateinamerika Verschuldung immer wieder zu Abhängigkeiten und Krisen führte. Die rohstoffreichen Länder der Region wiederum könnten sich erneut entscheiden, auf dem sich ankündigenden Rohstoffboom (zum Beispiel Lithium, Kupfer) der beginnenden Dekarbonisierung der Weltwirtschaft zu surfen (kritisch: Burchardt, 2003b). Wie wir im ersten Teil dieses Beitrages gesehen haben,

löst rohstoffbasierte Entwicklung aber weder die soziale Frage noch stabilisiert sie Wirtschaft und Demokratie nachhaltig.

Der klügste Weg wäre darum eine Besteuerung der fünf Prozent Reichsten eines jeden Landes über Vermögens- und Erbschaftssteuern. Die extreme Vermögenskonzentration sowohl in Lateinamerika aber auch weltweit, die das meritokratische Prinzip und Wettbewerb aushebelt, Aufwärtsmobilitäten blockiert und die soziale Staffellung immer statischer und geschlossener macht, führt zunehmend zu ständegesellschaftlichen Strukturen zurück (Piketty, 2022). Dies ist ein idealer Nährboden für populistische Ansprachen und die Beschwörung von homogenen, hierarchischen Kollektiven, wie sie sich die extreme Rechte wünscht.

Ein anerkannter Grund für die wachsende Vermögenskonzentration ist ihre minimale Besteuerung sowohl in der Region als auch weltweit. Also ein politisch bedingter und politisch änderbarer Umstand. Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung wäre die Einrichtung eines internationalen bzw. regionalen öffentlichen Vermögensregisters, wie sie zum Beispiel Thomas Piketty (2020) fordert. Selbst eine nur bescheidene steuerliche Belastung von Vermögen und Erbe, die nicht den vorhandenen Reichtum schmälert, sondern nur sein weiteres, überdurchschnittliches Wachsen bremst, würde exorbitante Ressourcen freisetzen. Eine solche Vermögenssteuer könnte helfen, kritische Infrastruktur zu stärken; ein über Erbschaftssteuer finanziertes „Erbe für alle“ lokale Innovation und Produktivität fördern; und beides die soziale Teilhabe aller wieder stärken. Die Stärkung lokaler und nationaler Produktivität wiederum würde die Abhängigkeit der nationalen Wirtschaft von Rohstoffexporten, Krediten und Importen verringern und die Region unabhängiger machen.⁴

Eine solche Strategie wäre bereits eng mit der ersten Stabilitätsdimension der materiellen (Re-) Produktion verbunden. Über Steuern mobilisierte Ressourcen helfen in Demokratien, eine öffentliche Infrastruktur in Bildung, Gesundheit, Pflege, Wohnen, Transport, Kommunikation etc. aufzubauen, die die Bevölkerung kontinuierlich unterstützt und entlastet. Öffentliche Investitionen oder grüne Industriepolitiken machen es möglich, gute Jobs zu schaffen und zum Beispiel, die anstehende Energiewende effizient umzusetzen. Die Bedingungen der materiellen (Re-) Produktion würden sich für viele spürbar verbessern und die Legitimation der Demokratie erhöhen.

4 Zu den Blockaden und Chancen auf Entwicklung durch Steuerreformen in Lateinamerika liegen zahlreiche Vorschläge vor (Überblick: Fehling & Burchardt, 2023).

Diese Erkenntnis hat direkte Konsequenzen für die zweite Stabilitätsdimension. Die Frage nach der politischen Teilnahme ist als erstes eine Frage nach den Stärken, aber auch den Grenzen der liberalen Demokratie. Ihre Errungenschaften sind unbestritten: Dazu gehören die universelle Gültigkeit einer demokratischen Verfassung und der Menschenrechte, ein unabhängiges Rechtssystem, die formal-politische Gleichheit aller Bürger, freie Wahlen und parlamentarische Repräsentation, freie Versammlungs-, Organisations- und Meinungsäußerung. Errungenschaften, die von der neuen extremen Rechten herausgefordert werden, hinter die man aber nie zurücktreten darf.

Doch der Liberalismus ist seit längerer Zeit selbst dabei, seine Demokratie zu kannibalisieren. Mit seiner erstarkten (neo-)liberalen Wirtschaftsdoktrin und seinem minimalistischen Staatsverständnis erschwert er für viele die materielle (Re-) Produktion und konterkariert die Chancen auf Gleichheit und auf Gestaltung des eigenen Lebens. Mit seinem Postulat der Eigenverantwortung gibt er das Obhutsgesetz gegenüber Schwächeren auf und fördert das Recht des Stärkeren statt der Stärke des Rechts. Mit seinem Fokus auf das Individuum und dessen Repräsentation im Jetzt ignoriert er die Zeitkomponente von Teilhabe und sozialer Entwicklung und ist weitgehend blind gegenüber intergenerationalen Verflechtungen und Verteilungskonflikten. Und in der letzten Zeit gewinnt er wie in Argentinien sogar als autoritärer Liberalismus an Einfluss, wo er beginnt, die Garantie auf unverletzliche Persönlichkeits- und Freiheitsrechte in Frage zu stellen oder aufzugeben.

Eine kluge – historisch auch erfolgreiche – Möglichkeit, diesen Trend umzudrehen, ohne die Errungenschaften der liberalen Demokratie aufzugeben, ist die soziale Demokratie (Heller, 1983).⁵ Diese dreht die Formel des Liberalismus *Gleichheit durch Freiheit* um und will *Freiheit durch Gleichheit* begründen. Sie ist darum bereit, Politiken der Umverteilung oder der

5 Hermann Heller war einer der wichtigsten Figuren der Weimarer Debatten um Staat, Recht und Demokratie und der zentrale intellektuelle Gegenspieler des antiliberalen Carl Schmitt. Zwar teilte er Schmitts Analyse um die Krise des damaligen europäischen Staats und Parlamentarismus. Er zog aber nicht den gleichen Schluss und votierte gegen die Demokratie als Herrschaftsform, sondern forderte vielmehr die Erneuerung und Vertiefung der Demokratie. Zentraler Hebel war für ihn die Begründung eines demokratisch legitimierten „sozialen Rechtsstaats“, da im liberalen Rechtsstaat die auf sozial ungleiche Lagen angewandte formale Rechtsgleichheit zu materiell ungleichem Recht, zu einem immer schärferen Widerspruch zwischen Rechtsform und Rechtswirklichkeit und zu 'radikalsten Ungleichheit' führt (Heller, 1971: S.430).

Demokratisierung der Wirtschaft einzuleiten und auch in die Zukunft zu projizieren.

Darüber kann ein solides und breites Gemeinwohl finanziert werden, welches den Einzelnen und schwache Gruppen entlastet, ohne stärkere Gruppen zu überfordern. Ergänzt um die Aufwertung lokaler Mitbestimmungsformen, von Bürgerräten oder öffentlichen Konsultierungen wird dann die heute erfahrene Ohnmacht vieler in ein Gefühl der Wiedererlangung der Kontrolle verwandelt, welche Freiheit, Recht und Demokratie langfristig sichert und die Voraussetzungen schafft, die zu bewältigenden Krisen erfolgreich und intergenerationell zu bewältigen.

Damit gewinnen die Bedingungen der Krisenbewältigung durch eine neue Identitätsfindung an Kontur. Die extreme Rechte hat hier erfolgreich einen Kulturkampf begonnen – der bereits Formen eines „Kulturkriegs“ annimmt. Das Feld der Identität darf nie unterschätzt werden. Hier werden Empathie, Verständnis, Zustimmung und Solidarität für Politik erzeugt – oder eben ihr Gegenteil. Politische Kultur ist ein untrennbarer Bereich von Demokratie und muss entsprechend kultiviert werden.

Eine demokratische Politik darf sich aber nicht der Logik der neuen extremen Rechten anpassen und das Identitäre zum wichtigsten Referenzpunkt von Politik und Gesellschaft machen. Stattdessen müssen die drei genannten Stabilitätsdimensionen integral und als unteilbar angesprochen und bearbeitet werden. Hier drei Beispiele:

Geschlechtergerechtigkeit erfordert kulturelle Anpassungen zum Beispiel in der Sprache, aber gleichzeitig eine deutliche Verbesserung der Bedingungen oft feminisierter Care-Arbeit sowie die erhöhte Präsenz von Frauen in politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen.⁶

Die Einführung von Erbschaftssteuern gewährt durch demokratische Reformen Teilhabe, muss aber gleichzeitig mit einer Förderperspektive auf breite materielle Entwicklung (wie das genannte „Erbe für alle“) verkoppelt werden. Demokratische Politik muss begreifen, dass Erbschaften in der Bevölkerungsmehrheit oft als familiäres Leistungsextrakt bzw. intergenerationaler Leistungsspeicher angesehen werden und eine als unverhältnismäßig wahrgenommene Besteuerung Ungerechtigkeitsempfinden und starken Widerstand provoziert. Umverteilungsmaßnahmen müssen darum immer von einem Framing eingeführt und begleitet werden, welcher breiten Zuspruch generiert und auch an Tradiertes und Identitäten anknüpft. Eine

6 Weltweit liegt der Anteil von Top-Manager:innen bei den Fortune 500, den 500 umsatzstärksten Unternehmen weltweit, im Jahr 2025 bei gerade einmal zehn Prozent.

Erzählung wäre zum Beispiel das zutreffende Argument, dass Erbschaftssteuern im besten liberalen Sinne Leistungsgerechtigkeit sichern, da so gewonnene Ressourcen bei entsprechenden Förderprogrammen allen die gleichen Chancen gewähren.

Dem Politikfeld Arbeit muss ebenfalls mehr Beachtung geschenkt werden. Studien belegen, dass schlechte Arbeitsbedingungen oft eine zentrale Quelle gefühlter Deklassierung und von sozialer Unzufriedenheit sind, die dann politisch umschlägt. Die jüngeren politischen Entwicklungen Lateinamerikas dokumentieren dies sehr deutlich. Arbeit wiederum bedarf aber nicht nur einer Aufwertung durch höhere Löhne. Das Reich der Notwendigkeit muss auch als wichtige Quelle von persönlicher und kollektiver Anerkennung begriffen und über entsprechende Maßnahmen dafür gesorgt werden, dass es graduell zum Reich der Freiheit wird. Sinnstiftende Arbeit ist elementar für ein gutes Leben. Es gilt, die Arbeitsbedingungen selbst zu verbessern, damit Arbeit eine Quelle des Wohlbefindens werden kann. Dafür sind entsprechend starke Arbeitnehmervertretungen und Teilhabe erforderlich.

Wer solche Ziele und Politiken kombiniert, institutionalisiert und fühlbar macht, entzieht der neuen extremen Rechten alle Argumente und nimmt ihnen die Legitimation. Die Zauberformel gegen die extreme Rechte ist somit klar: *„Umverteilung und Anerkennung“*.

Glücklicherweise gibt es eine breite wissenschaftliche und politische Debatte zu diesem dynamischen Spannungsfeld (Überblick: Fraser & Honneth, 2003). Hier schlägt das Pendel seit längerem stärker in Richtung Anerkennung und Identität aus. Jetzt, wo dieses Feld zunehmend von der extremen Rechten eingenommen wird, ist es hohe Zeit, der Umverteilung wieder mehr Bedeutung einzuräumen. Nicht allerdings anstelle von oder gegen Identitäten, sondern in enger Verkoppelung mit Anerkennungsfragen. Das Rezept „Anerkennung und Umverteilung“ ist vielleicht nicht nur ein gangbarer, sondern auch der einzige Weg, uns vor der extremen Rechten zu retten.

Zu diesem Ergebnis kommt zumindest der Wirtschaftsnobelpreisträger Daron Acemoglu (2024) vom MIT nach der Auswertung seiner zahlreichen internationalen Daten zu Institutionen und Demokratieentwicklung. Er geht davon aus, dass die Demokratie sterben wird, wenn sie nicht arbeitnehmerfreundlicher und egalitärer wird. Das ist keine schlechte Nachricht!

Sie hilft, die eigenen Forderungen zur Krisenbearbeitung auf das Wesentliche zu konzentrieren. Und erlaubt es, den Gehalt von Programmen und Politiken von Parteien und Regierungen genauer zu bewerten. Sie macht

es möglich, auch mit Skeptikern und Kritikern von Umverteilung in den Dialog zu gehen, denn es geht nicht mehr um Gleichmacherei, um soziale Gerechtigkeit, es geht um alles, es geht um Demokratie.

Die Zeit der extremen Rechten muss also nicht den Niedergang der Demokratie einleiten. Weder in Lateinamerika noch bei uns. Wenn jetzt auf Umverteilung und Anerkennung gesetzt wird, kann sie vielmehr zur Stunde ihrer Erneuerung werden!

Literatur

- Acemoglu, D. (2024). If Democracy Isn't Pro-Worker, It Will Die. *Project Syndicate*. <https://www.project-syndicate.org/commentary/democracy-pro-worker-by-daron-acemoglu-2024-06>, letzter Aufruf am 01.12.2025
- Arendt, H. (1951). *The Origins of Totalitarianism*. New York: Harcourt, Brace & Co.
- Betz, H.-G., & Oswald, M. (2022). Emotional Mobilization: The Affective Underpinnings of Right-Wing Populist Party Support. In M. Oswald (Hg.) *The Palgrave Handbook of Populism* (S.115-143) Cham: Palgrave Macmillan.
- Burchardt, H.-J. (2023a). Raw Materials, Tax Reforms and Sustainable Development: Lessons from Latin America. In: H.-J. Burchardt & P. Fehling (Hg.), *Taxation and Inequality in Latin America – New Perspectives on Political Economy and Tax Regimes* (S. 232-247). London: Routledge
- Burchardt, H.-J. (2023b). Lateinamerika: Rohstoffausbeutung in grün? *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4, 107-114.
- Burchardt, H.-J. & Dietz, K.: Neo-extractivism – A New Challenge for Development Theory from Latin America. *Third World Quarterly*, 35 (3), 468-486.
- Chancel, L., Piketty, T., Saez E., & Zucman, G. (2021). *World Inequality Report 2022* Paris: World Inequality Lab.
- CEPAL. (2019). *Anuario Estadístico de América Latina y el Caribe 2018*. Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL. (2012a). *Anuario Estadístico de América Latina y el Caribe 2012*. Santiago de Chile: CEPAL
- CEPAL. (2012b). *Structural Change for Equality. An Integrated Approach to Development*. Santiago de Chile: Vereinte Nationen.
- DESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs). (2024). *World Social Report 2024: Social Development in Times of Converging Crisis: A Call for Global Action*. New York: United Nations Publications.
- Dietz, K., & Peters, S., & Schnepel C. (2022). *Corona in Lateinamerika*. Baden-Baden: Nomos. [<https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748930020.pdf>], letzter Aufruf am 01.12.2025.
- Fehling, P. & Burchardt, H.-J. (Hg.) (2023). *Taxation and Inequality in Latin America: New Perspectives on Political Economy and Tax Regimes*. London: Routledge.

- Fraser, N. Honneth, A.I (2003). *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Forti, S. (2022): Posverdad, fake news y extrema derecha contra la democracia. *Nueva Sociedad*, 298, 75-92. [https://static.nuso.org/media/articles/downloads/3.TC_Forti_298.pdf], letzter Aufruf am 1.12.2025.
- Fraser, N. (2001). *Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaates*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gebhardt, M. (2021). The Populist Moment: Affective Orders, Protest, and Politics of Belonging. *Distinktion: Scandinavian Journal of Social Theory* 22(2), 129–151. <https://doi.org/10.1080/1600910X.2021.1887159>.
- Gudynas, E. (2009). Diez tesis urgentes sobre el nuevo extractivismo. Contextos y demandas bajo el nuevo progresismo sudamericano actual. In: J. Schult et al (Hg.). *Extractivismo, política y sociedad* (S.187-225).Quito: CAAP-CLAES.
- Heller, H. (1983). *Staatslehre* (XVI, 1934). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Heller, H. (1971 [1923]). Politische Demokratie und soziale Homogenität. In: C. Müller (Hg.), *Hermann Heller, Gesammelte Schriften* (S.430). Leiden: Sitjhoff.
- Hora, R. (2024). Javier Milei y el incierto experimento libertario. *Nueva Sociedad*. [<https://nuso.org/articulo/javier-milei-y-el-incierto-experimento-libertario/>], letzter Aufruf am 01.12.2025.
- Kessler, G. & Focás, B. (2014). ¿Responsables del temor? Medios y sentimiento de inseguridad en América Latina. *Nueva Sociedad*, 249, 137-148.
- Laclau, E.& Mouffe, C. (1991). *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen.
- Lobo, S. (2017). Cómo influyen las redes sociales en las elecciones. *Nueva Sociedad*, 269, 40-44.
- Nussbaum, M. (2006) *Frontiers of Justice. Disability, Nationality, Species Membership*. Cambridge/London:Belknap.
- Pérez-Díaz, P. L., & Arroyas Langa, E. (2025). El populismo disruptivo de Javier Milei: análisis de su estrategia discursiva en redes sociales: Analysis of his discursive strategy on social media. *European Public & Social Innovation Review*, 10, 1–23. <https://doi.org/10.31637/epsir-2025-2064>.
- Piketty, T. (2020). *Kapital und Ideologie*. München: C. H. Beck.
- Piketty, T. (2022)., *A Brief History of Equality*, Cambridge: Belknap Press.
- Robeyns, I. (2024). *Limitarismus. Warum Reichtum begrenzt werden muss*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Rodrigo D. E. C. (2023). The International Turn in Far-Right Studies: A Critical Assessment. *Millennium* 51(3), 892–919.
- Rodrik, D. (2021). Why Does Globalization Fuel Populism? Economics, Culture, and the Rise of Right-Wing Populism. *Annual Review of Economics*, 13, 133–157. <https://doi.org/10.1146/annurev-economics-090520-020327>.
- Pinheiro-Machado, R.& Vargas-Maia T. (Hg.) (2023). *The Rise of the Radical Right in the Global South*. New York: Routledge.

- Ruggeri, A. & Vieta, M. (2023). Milei captó el descontento de la clase trabajadora informal. *Jacobin Latinoamérica*, 17.12.2023. [<https://jacobinlat.com/2023/12/milei-captó-el-descontento-de-una-nueva-clase-trabajadora-informal/>], letzter Aufruf am 01.12.2025.
- Sen, A. (1987). *The Standard of Living*. Cambridge: Cambridge University Press, Cambridge.
- Svampa, Maristella. (2020). *Die Grenzen der Rohstoffausbeutung. Umweltkonflikte und ökoterritoriale Wende in Lateinamerika*. Bielefeld: Transcript. [<https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5378-6/die-grenzen-der-rohstoffausbeutung/?number=978-3-8394-5378-0>], letzter Aufruf am: 01.12.2025.
- Üngör, Murat. (2017). Productivity Growth and Labor Reallocation: Latin America versus East Asia. *Review of Economic Dynamics*, 24, 24-52.
- Warnecke-Berger, H., Burchardt, H.-J. & Dietz, K. (2023). The Failure of (Neo-)Extractivism in Latin America – Explanations and Future Challenges. *Third World Quarterly*, 44, (8), 1825–1843. <https://doi.org/10.1080/01436597.2023.2203380>.

